



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 6,- Mk. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 4,- Mk., Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 50 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Für die Woche vom 21. bis 27. Mai 1922 ist die Belagsmarke in das mit 21 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Erhöhung der Ortsbeiträge

Hellbronn ab 1. Mai für alle Mitglieder 50 Pf. wöchentlich.

Der Verbandsvorstand gibt hierzu die Genehmigung.

Der Verbandsvorstand.

J. M. C. Pucher, 1. Vor.

Bekanntmachung

Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker wird für den 26. Mai und folgende Tage zur Verhandlung nach Berlin, Schadowstr. 7 (Ressource, 1. Etage), einberufen, um über nachstehende Anträge Beschluß zu fassen:

1. Erhöhung der Feuerungszulage für Gebläsen;
2. Erhöhung des Zuschlags für Maschinenleher (§ 3);
3. Festschreibung der Feuerungszulage für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen wie für Gebläsen.

Die Verhandlungen beginnen am 26. Mai früh 10 Uhr. Eine besondere schriftliche Einladung der Verhandlungsteilnehmer erfolgt nicht; die Herren werden aber gebeten, dem Tarifausschuß umgehend mitzuteilen, ob sie an der Verhandlung teilnehmen werden.

Berlin, 15. Mai 1922.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Rudolf Ullstein

Robert Braun

Prinzipalvorsitzender

Gebläsenvorsitzender

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Zunehmende Schwierigkeiten

Das neue Lohnabkommen hat in Hilfsarbeiterkreisen wenig Befriedigung gefunden. Die Entschlüssen aus vielen Orten, die dem Vorstandsvorstand zugegangen sind, reden eine deutliche Sprache. Alle drücken aus, daß die neuen Lohnverordnungen in keinem Verhältnis zu den ungewohnten Preiserhöhungen stehen und darum schnellstens neue Lohnverhandlungen angestrebt werden müssen. Die nach dem letzten Lohnabkommen in den Mitgliederversammlungen angenommenen Protestresolutionen sind nicht nur dem Inhalte nach, sondern auch im Ausdruck gleichlautend. In manchen Orten sind von den Graphischen Kartellen diese Entschlüssen formuliert und den Versammlungen zur Annahme empfohlen worden. Diese Art war sonst nicht üblich gewesen. Man überließ jeder Versammlung die Stellungnahme zu dem erfolgten Abschluß, und so konnte es kommen, daß die Buchdrucker annahmen und die Hilfsarbeiter ablehnten oder umgekehrt. Mit der Abfassung sogenannter Musterresolutionen sollte man lieber mehr zurückhalten. Es scheint auch, als ob die Kartelle andere notwendige Aufgaben zu erledigen hätten. Im Graphischen Kartell sind übrigens noch zwei andere Berufe vertreten, für die es ebenfalls zu einem neuen Lohnabschluß gekommen ist. Es kann doch nicht angenommen werden, daß auch für diese Arbeitergruppen dieselbe Entschlüssen empfohlen worden ist.

Unsere Mitglieder sollten überzeugt sein, daß die Verbandsleitung die neuen Feuerungszulagen auch nicht befriedigen, und daß sie unausgesetzt bemüht ist, die Lohnverhältnisse für die Kollegen und Kolleginnen zu ändern und zu bessern. Alle die gegebenen Hinweise von einzelnen Mitgliedschaften, was notwendig und wie ungerecht das bestehende Lohnsystem ist, sind natürlich auch schon von den verantwortlichen Funktionären des Verbandes, Verbandsvorstand und Gauleitern, an richtiger Stelle gemacht worden. Wer wollte aber von den Mitgliedern die Schwierigkeiten verkennen — in vielen Versammlungen ist das auch offen anerkannt worden —, die unseren Verhandlern entgegenstehen. Noch einmal an dieser Stelle die Versicherung abzugeben, daß nichts unterlassen worden ist, was im berechtigten Interesse des Hilfspersonals gelegen ist, erscheint überflüssig. Die Mitglieder sollten die gegenwärtige Situation im Gewerbe richtig beurteilen und nicht bei Beachtung der Schlinge nur ihre eigene nähere Umgebung ins Auge fassen. Verkündlich ist die Erbitterung der Mitglieder gegen das unbegreifliche Verhalten der Unternehmer im Buchdruckgewerbe, die sich mit den Vertretern der graphischen Arbeiterkraft nicht verständigen wollten und erst den Entschlüssen

eines Schiedsgerichts haben mußten, um das bekannte ungenügende Zugeständnis zu machen; aber überlegen sollten wir uns im Augenblick, ob dem Verlangen mancher Kollegenkreise schon jetzt entsprochen werden kann. Die Haltung der Mitglieder während der letzten Monate war gut — keine Entgleisungen zählen nicht —, jedenfalls steht so viel fest, daß das Hilfspersonal besser tarifliche Ordnung gewahrt hat als die Unternehmer, die sich den Beschlüssen des Tarifausschusses oft nicht fügten und dem so schlecht bezahlten Hilfspersonal vorenthielten, was ihm von Rechts wegen zuzustehen.

So wie es bisher war, muß es weiter bleiben. Jedermann auf seinem Posten hat die Pflicht, für das Ganze einzustehen. Eine Mitgliederversammlung in einem Gauvorort erklärte, daß sie auf papierene Entschlüssen keinen Wert lege, aber geschlossen hinter ihren Führern stehe und jederzeit bereit sei, deren Befehlungen unerschütterlich nachzukommen. So muß es sein. Die gesamte Mitgliedschaft wird so sprechen müssen. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr so fern, da sie ihr Versprechen einlösen kann.

Was für Zeiten ein Teil der Unternehmer im Buchdruckgewerbe erleben, und auf was die graphischen Arbeiter gefaßt sein müssen, sagt uns ein Anonymus in der „Zeitschrift“, der schamhaft oder feig seinen Namen verschweigt:

Warn!

So kann es nicht weitergehen! Es ist eine landläufige geworden Redensart, aber sie hat ihre Berechtigung. Als ich las, daß die Gebläsen eine Lohnzulage von 400 Mk. fordern, konnte ich nur eines sagen: verrückt! Ich hätte mich nicht gewundert, wenn irgendein Straßengelehrer eine solche Forderung erhoben hätte, aber Abgesandte der Buchdruckergehilfen? Nein — das war mir unverständlich. Ich hätte mich keine fünf Minuten mit Leuten unterhalten, die es wagen, einen solchen Unfuss als Logungsordnungsentscheidungen vorzulegen; ich hätte sie einfach sitzen lassen.

Sonstigen hat das Reichsarbeitsamt entschieden. Ich will mich damit nicht weiter beschäftigen, überhaupt mich nicht in Einzelheiten einlassen. Ich denke an Höheres, Durchgreifenderes. Ich sage: So kann es nicht weitergehen. Da uns aber niemand hilft, wollen wir uns selbst helfen. Wie? Laßt mich sprechen!

Die Gehilfenschaft ist übermäßig geworden, reiner Lebermut nur kann das reden, was ich hörte, was ich las. Nun gut. Streiten wir uns nicht um die Summen, aber um Prinzipien. Wenn unsere Gehilfen schon auf dem Standpunkt stehen, insofern ihrer Unentbehrlichkeit sich alles erlauben, alles fordern zu können, so wollen wir ihnen das Gegenteil beweisen. Fangen wir von vorne an.

Wir bewilligen unseren Gehilfen die Löhne, die — nach wie vor — gerecht und billig sind, aber nicht mehr. Wir wollen noch moderner sein wie sie und — Stunden Löhne einführen; das ist ja der moderne Lohnmaßstab. Gut! Aber wir wollen keine Stunde mehr bezahlen, in der nicht gearbeitet wird. Gehen wir aufs Ganze!

Weg mit der Feiertagszahlung, weg mit den Ferientagen, Zeiten, da die Stunde 20 Mk. und mehr kostet, dulden keinen Müßiggang, der bezahlt werden soll. Höret auf mich, Ihr Buchdrucker: Gehet aufs Ganze — schließt eure Berteile. Öffnet sie nicht wieder, bis die Gehilfen erklären, daß sie auf Feiertagszahlung und auf Ferien verzichten —; über den Lohn wollen wir mit ihnen reden, aber nur über ihn. Alle vor oder nach der Revolution in den Tarif hineingekommenen Unsinnsigkeiten müssen aus ihm heraus.

Ihr wollt nicht? Wie? Habt Ihr Angst vor einem Streit? Nein — seid froh, wenn Ihr eine Zeitlang Ruhe habt vor diesen ewigen Gemeinheiten, vor diesem täglichen Zusätzkommen, vor diesen Herumstehen, Herumdulden, vor den häßlichen Bemerkungen, vor der Schandenarbeit, wenn etwas fest ging. In Süddeutschland stehen seit Wochen große Fabriken still. Was tut's? Nichts. Schließen auch wir. Das Papier wird davon, daß wir keines verdrucken, sicher nicht teurer. Schließen wir, wir haben es satt bis oben hin. Öffnen wir erst wieder, wenn sie kommen, und alles, alles zugeben, was wir fordern.

Höret auf mich, Kollegen — es gibt Fälle, wo das Recht nur durch Gewalt hergestellt wird. Greifen auch wir nun zur Gewalt. Denn: Es ist genug. +++

Das Eingeladene dieses lampförmigen Unternehmers spricht für sich. Wir wollen daher seine Wirkung nicht durch Zugeständnisse abwischen. In Stuttgart warnen die Prinzipale einbringlich vor Bewilligung neuer Feuerungszulagen, da sie sonst ihrer „unentwegten Tarifkreise einer Revision unterziehen“ müßten. Ein anderer Prinzipal bezeichnet die Gebläsen als große Kinder, die sich von ihrer Vertretung Märchen aufhängen läßt, weil sie nicht den Mut aufbringen, die tatsächlichen Verhältnisse zu schildern.

Vorstehend ist kurz die Stimmung in beiden Lagern wiedergegeben. Ende Mai tritt der Tarifausschuß zusammen. Von den Vertretern des Hilfspersonals ist erneut der Antrag auf Gleichstellung der Zulagen mit denen der Gebläsen gestellt worden. Ob es bei der bestehenden Situation zu einer Verständigung kommen wird, erscheint fraglich. Gebläsen und Hilfsarbeiter sehen den Dingen ruhig entgegen.

Gautag des Gaus V

Am 16. April fand in Dresden die Gaukonferenz des Gaus V statt. Anwesend waren außer dem Kollegen Bucher als Vertreter des Gauvorstandes 33 Delegierte aus 25 Zahlstellen, ferner die Vertreter des Buchdrucker-, Steindrucker- und Buchbinderverbandes. Der Vorsitzende Kollege Herrmann erstattete Bericht über den Stand des Gaus, der am Anfang des Berichtsjahres 21 Zahlstellen umfaßte. Zu ihnen sind noch 8 Zahlstellen hinzugekommen. Davon sind Grimmitzschau, Borna, Großsch. und Grimma am den Gau VI überwiesen worden. Neu hinzugekommen sind Schlettau, Pirna, Wurzen und Riesa. Am Anfang des Jahres 1922 sind in Aue, Mart-neutritz und Kössen neue Zahlstellen gegründet worden. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des Berichtsjahres 722 männliche, 2342 weibliche, insgesamt 3064 Mitglieder und erhöhte sich um 222 männliche und 814 weibliche, gleich 1036 Mitglieder; er betrug am Jahresabschluß 944 männliche und 3156 weibliche, insgesamt 4100 Mitglieder. Davon waren 1771 im Buchdruck und 2329 im Steindruck beschäftigt.

Die Einnahmen an Eintrittsgeldern und Mitgliedsbeiträgen betragen 447 393,60 Mk., ein Mehr gegen das Jahr 1920 von 219 633,50 Mk. An Unterstufungen aus der Hauptkasse wurden im Laufe des Berichtsjahres 31 760,40 Mk. gewährt. Der Ueberfluß, welcher an die Hauptkasse gelangt werden konnte, betrug 323 254,72 Mk., gegen das Jahr 1920 ein Mehr von 164 427,38 Mk. Der Bekaltassenbestand der Gauorte erreichte am Jahresabschluß die Höhe von 68 955,55 Mk. und hat sich demnach verdoppelt. Einen Lokalbeitrag erhoben 27 Zahlstellen von 10 Pf. bis zu einer Mark. Jedes Mitglied hat durchschnittlich 49,5 Mark im Jahre 1921 entnommen.

Zur Lohnbewegung übergehend, schilderte der Redner die noch bestehenden Verhältnisse und Schwierigkeiten, welche bei den Tarifausschüssen und Verhandlungen stets zu überwinden sind. Weiter skizzierte er die Gründe, welche maßgebend waren, daß für das Steindruckerhilfspersonal noch kein Reichstarif besteht. Derselbe Tarif sei in einzelnen Zahlstellen durchgeführt, in einem anderen Teil der Zahlstellen wird das Steindruckerhilfspersonal nach dem Reichstarif des Buchdruckerhilfspersonals bezahlt. In den anderen Zahlstellen wird versucht werden, ebenfalls eine Regelung der Löhne für das Steindruckerhilfspersonal herbeizuführen. Bei der Gewinnung der Arbeiterkraft im Buchdruck für unsere Organisation bestehen noch Schwierigkeiten mit dem Metallarbeiterverband, aber auch hier wird die Zukunft entscheiden.

Den Bericht des Gauleiters ergänzten einzelne Delegierten durch Bekanntgabe örtlicher Vorkommnisse. Kollege Fiedewitz-Geminn schilderte die rege intensive Tätigkeit seit der Zeit seiner Abfertigung, kritisierte das reaktionäre Verhalten der Chemnitzer Prinzipale und erkannte die Schwierigkeiten voll und ganz an, welche unseren Verhandlern bei jeder Tarifverhandlung entgegenstehen. Er begrüßte das kollegiale Zusammenarbeiten mit den Bruderorganisationen und wünschte, daß der Gautag dazu beitragen möge, dieses Verhältnis überall noch mehr zu festigen. Weitere beachtenswerte Ausführungen machte Kollege Hammer-Grimmitzschau. Er berichtete, daß die dortige Kollegenschaft nach dem Leipziger Tarif entlohnt wird. Des weiteren erfreulich und interessant waren die Berichte und Ausführungen von verschiedenen Delegierten. Bedauert wurden nur immer wieder von den verdienstlichsten Rednern die prozentualen Feuerungszulagen, welche dazu führen, daß langjährige Mitglieder in andere Berufe übersiedeln und damit die besten unserer Organisation verloren gehen. Sie wünschten, daß Mittel und Wege gefunden werden, um diese belästigende Ungerechtigkeit zu beseitigen. Kollege Herrmann gab in seinem Schlußwort noch Aufklärung über verschiedene Anfragen, dankte den Gaufunktionären für ihre unermüdbare, aufopferungsvolle Tätigkeit und Mitarbeit, die einzelne energisch und zielbewußt geleistet haben. Besonderen Dank sprach er den als Zahlstellenleiter tätigen Buch- und Steindruckern für ihre willige, ideale Mitarbeit aus.

Dann erledigte der Gautag die eingegangenen 10 Anträge. Man beschloß, über die Anträge, welche eine höhere prozentuale Entschlüssen für das Buchdruckerhilfspersonal und den Reichstarif für das Steindruckerhilfspersonal anstreben, zunächst nicht zu debattieren. Kollege Bucher be-

sprach in seinem Vortrag diese Anträge besonders. Zur besseren Finanzierung der Gewerkschaften wurde nach längerer Debatte einstimmig beschlossen, den Gewerkschaften pro Woche und Mitglied auf 10 Pf. festzusetzen, welcher ab 1. April 1922 zu zahlen ist. Die Entschädigung für Ortsvorsitzende und Kassierer wurde verdoppelt und die Diätensätze nach dem Verbandsbeitragsbeschluss festgelegt. Die Anträge, welche sich mit dem Verbandsbeitragsbeschluss befähigten, wurden als veräußert angesehen und zurückgezogen. Der Entwurf eines Statuts wurde zugestimmt und der Gewerkschaften beauftragt, ein solches auszuarbeiten.

Hierauf referierte Kollege Bucher über Lohn- und Tarifbewegungen. In längeren Ausführungen schilderte er die Wirkungen des Reichstarifs auf das gesamte Buchdruckerhilfspersonal Deutschlands. Er erkannte die Ungleichheit an, die über die immer größer werdende Spanne in der Entlohnung zwischen Gehilfen und Hilfspersonal zutage tritt, verheißte aber auch nicht darauf hinzuwirken, wie groß die Gewerkschaft unter den Prinzipalpalen namentlich in der Provinz gegen den Reichstarif des Hilfspersonals geworden ist. Diese Tatsache gibt uns allen Veranlassung, das organisierte Hilfspersonal vorzubereiten und zu kämpfen zu erziehen, falls diese Strömung in Prinzipalpalen bei der zukünftigen Tarifrenewierung Oberwasser gewinnen sollte. Zum Steindruck übergehend, teilte er die Gründe mit, welche für die Unternehmer maßgebend sind, den Abschluß eines Reichstarifs für das Hilfspersonal in diesem Gewerbe abzulehnen. Da fast in allen Großstädten örtliche Tarife bestehen, ist in diesen Städten der gewerbliche Frieden zeitweise gewahrt. Diese Umstände hätten die Prinzipalpalenvereinigung in ihrer absehbaren Haltung gegen den Reichstarif. Trotzdem darf nichts unversucht gelassen werden, um zu einem Reichstarif für das Steindruckereihilfspersonal zu gelangen, selbst wenn durch Kampf das Ziel erreicht werden müßte. Das Schriftstellerhilfspersonal ist restlos unserer Organisation beigetreten. Zum Schluß forderte er nochmals zur weiteren regen Mitarbeit auf, um das Errungene zu behalten und weiter auszubauen. Reicher Beifall wurde dem Redner für seine trefflichen Ausführungen zuteil. Längere, sehr beachtenswerte Ausführungen über den noch nicht zustande gekommenen Reichstarif für das Steindruckereihilfspersonal machte der Vertreter des Steindruckerverbandes, Genosse Leinen. Redner schilderte aus der Praxis ganz besonders die Schwierigkeiten, welche von Prinzipalpalen gemacht werden, um die Einführung eines solchen Tarifs zu verhindern. Er begriffte es nur, wenn einmal ein solches Verhältnis erreicht würde, wie es im Buchdruckgewerbe besteht. Verschiedene Differenzen wären damit erledigt und ein besseres Zusammenarbeiten ermöglicht.

Unter Verschiedenes wurde als nächster Goutagungs-ort wieder Dresden bestimmt. In seinem Schlusswort verwies Kollege Herrmann nochmals auf den Wert und die Bedeutung des Goutages hin. Er forderte auf, treu und einig zusammenzustehen, die Mitglieder zu überzeugten Gewerkschaftskämpfern heranzubilden. Sehr notwendig sei die Auffassung der Mitglieder über die Wichtigkeit der reaktionären Kreise Sachsisen, eine Landtagsauflösung herbeizuführen, dadurch die sozialistische Regierung zu stützen und weiterhin die neu eingeführten Feiertage, den 1. Mai und 9. November, wieder abzu schaffen. Alles dieses hoffen sie durch einen Volksentscheid zu erreichen. Friederich rüfete die Kapitulationsfrage zum Hauptschlag gegen die gesamte Arbeitererschaft. Dies muß uns ein Unglück sein, es läßt sich gleich zu tun. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband und den Bau erreichte die Tagung ihr Ende.

17. Tagung des Ausschusses des I.O.B.

Zu Beginn der am 2. und 3. Mai abgehaltenen Tagung ehrte der Bundesvorsitzende Leipzig zunächst das Andenken des verstorbenen Genossen Otto Jue.

Sodann beschäftigte sich der Ausschuss mit dem Kampfe der Metallarbeiter in Süddeutschland. Einmütig gaben sämtliche Redner ihre Meinung dahin kund, daß es sich um einen Kampf handele, der nicht nur die Metallarbeiter, sondern die gesamte Arbeitererschaft angehe. Der Ausschuss sagte dazu einen Beschluß, der bereits in Nr. 18 der „Solidarität“ veröffentlicht wurde.

In seiner vorigen Tagung (28. und 29. März) hatte der Ausschuss den damals vorgelegten Entwurf über eine gemeinsame Regeln für die Führung und Unterstützung von Streiks an die zu deren Ausarbeitung eingesetzte Kommission zurückverwiesen. Die Kommission legte nunmehr einen neuen, in verschiedenen Punkten abgeänderten Entwurf vor. Auch dieser hatte eine längere Auseinandersetzung zur Folge. Er wurde jedoch mit einigen Änderungen angenommen und soll nunmehr dem Gewerkschaftskongress vorgelegt werden. Sein Wortlaut wird mit den Anträgen zum Gewerkschaftskongress im „Korr.-Bl.“ des I.O.B. veröffentlicht.

Ueber den vom Reichsarbeitsministerium herausgegebenen Entwurf zu einem Arbeitsgerichtsgesetz sprach Herrmann Müller und wies nach, daß die Regierung von allen Seiten verlassen gewesen sein muß, als sie in solcher Weise noch mehr Hindernisse anküpfte. Der Redner wandte sich besonders gegen die Herabsetzung der bisherigen Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, die darin liegt, daß der Reichsjustizminister Rabdruck auf dem Parteitag zu Wörlich sich noch gegen die Angleichung dieser Gerichte an die ordentlichen Gerichte ausgesprochen und später eine gegenentgegengesetzte Meinung kundgegeben hat. Die Gewerkschaften müßten es ablehnen, dem Reichsjustizminister auf diesem Wege zu folgen. Folgende von Müller vorgelegte Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

„Der vom Arbeitsministerium vorgelegte Referentenentwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes findet nicht die Zustimmung des Ausschusses des I.O.B.“

Der Entwurf will die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als Sondergerichte beseitigen und Arbeitsgerichte bilden, die den Amtsgerichten angegliedert sind.

Zur Begründung dieser Umstellung wird angeführt, daß damit eine nicht nur von politischen Einflüssen freie, sondern auch eine sachkundige Geschäfts- und Prozessleitung gesichert werde, daß auch die Eingliederung der neuen Arbeitsgerichte auf die ordentlichen Gerichte und ihre Rechtsprechung in sozialer Hinsicht einen überaus segensreichen und belebenden

Einfluß ausüben und sie mit Verständnis für soziale Fragen erfüllen werde. Auch finanzielle Gründe werden geltend gemacht.

Der Ausschuss stellt demgegenüber fest, daß die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sich im allgemeinen das volle Vertrauen aller beteiligten Kreise erworben haben. Er stellt weiter fest, daß eine Reform der ordentlichen Gerichte allerdings dringend geboten ist, legt aber entschieden Verwahrung dagegen ein, daß diese Reform mit der Auslieferung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte an die ordentlichen Gerichte begonnen werden soll.

Auch den Grund, daß durch die notwendige Verallgemeinerung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte unerschwingliche Kosten entstehen würden, kann der Gewerkschaftsausschuss nicht gelten lassen. Schlichtungsordnung, Tarifgesetz und Arbeitsnachweisgesetz sehen ein dichtes Netz von Sozialbehörden vor. Mit diesen lassen sich die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ohne erhebliche Kosten verbinden.

Für unannehmbar erklärt der Ausschuss auch die geplante Zulassung der Rechtsanwältinnen zu den Arbeitsgerichten. Die aus den Gewerkschaften eingegangenen Anträge zum Gewerkschaftskongress lagen dem Ausschuss im März vor. Da es wegen der Menge der Anträge nicht möglich war, sie schon in dieser Sitzung mit der erforderlichen Gründlichkeit zu besprechen, verlagte der Ausschuss die Aussprache darüber bis zur nächsten Tagung.

Leipziger Bericht über den Internationalen Gewerkschaftskongress. Der Bericht wurde von Gertrud Hanna hinsichtlich der Verhandlungen über die Beziehungen zum Internationalen Arbeiterinnenbund und von Hauslein (Buchbinder und Papierarbeiter) über die Beratungen der internationalen Berufssekretäre ergänzt.

Existenzminimum und Einkommen

Von Dr. R. Kuczynski.

Nach meinen Berechnungen betragen die wöchentlichen Kosten des Existenzminimums für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren im April 1922 in Groß-Berlin 915 Mt. gegenüber 28,80 Mt. im letzten Vorkriegsjahr, d. h. 32mal soviel. Die Steigerung war natürlich nicht für alle Bedarfsgruppen die gleiche. Es stiegen z. B. 1 Pfund Ernährung von 0,80 Mt. auf 4,17 Mt., d. h. auf das 43fache, Wohnung von 5,50 Mt. auf 14 Mt., d. h. auf das 2½fache, Heizung von 1,15 Mt. auf 5,1 Mt., d. h. auf das 4½fache, Beleuchtung von 0,75 Mt. auf 2,3 Mt., d. h. auf das 30fache, Beheizung von 5,85 Mt. auf 210 Mt., d. h. auf das 36fache, Sonstiges von 5,75 Mt. auf 200 Mt., d. h. auf das 35fache.

Auch innerhalb der einzelnen Bedarfsgruppen war die Steigerung eine sehr verschiedene. Es stiegen z. B. 1 Pfund Haferflocken von 25 Pf. auf 8,90 Mt., d. h. auf das 36fache, 1 Pfund Margarine von 80 Pf. auf 34 Mt., d. h. auf das 42fache, 1 Pfund Reis von 22 Pf. auf 11,60 Mt., d. h. auf das 53fache, 1 Pfund Kartoffeln von 2½ Pf. auf 3,10 Mt., d. h. auf das 124fache.

Infolgedessen sind manche Waren, die an ihrem Nährwert gemessen, vor dem Kriege verhältnismäßig teuer waren, heute verhältnismäßig billig und umgekehrt. So kosteten vor dem Kriege 1000 Kalorien in Kartoffeln 7 Pf., in Haferflocken 16 Pf., hingegen heute 1000 Kalorien in Kartoffeln 8,30 Mt., in Haferflocken 5,60 Mt. Vor dem Kriege waren also, am Nährwert gemessen, Kartoffeln noch nicht halb so teuer wie Haferflocken, heute sind sie anderthalbmal so teuer.

Selbstverständlich ist das Einkommen der großen Masse der Berliner Bevölkerung seit der Vorkriegszeit weniger geblieben als die Kosten des Existenzminimums.

Der tarifliche Wochenlohn der Maurer und Zimmerer z. B. stieg von 44,28 Mt. im Juli 1914 auf 987 Mt. im April 1922, d. h. auf das 22fache, der tarifliche Wochenlohn der verheirateten Buchdrucker von 34,38 Mt. im Juli 1914 auf 773 Mt. im April d. J., d. h. auf das 22fache, gegenüber einer Steigerung der Kosten des Existenzminimums auf das 32fache. Während im Juli 1914 der tarifliche Wochenlohn der Maurer und Zimmerer um 54 Proz., der der Buchdrucker um 19 Proz. höher war als die Kosten des Existenzminimums für eine vierköpfige Familie, war im April 1922 der tarifliche Wochenlohn der Maurer und Zimmerer um 8 Proz. größer, der der Buchdrucker um 16 Proz. geringer als dieses Existenzminimum.

Der dritte Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Seit dem Wiederaufbau des Internationalen Gewerkschaftsbundes haben Kongresse 1919 in Amsterdam und 1920 in London stattgefunden. Der dritte Kongress tagte vom 20. bis 26. April d. J. in Rom. Ihm wohnten Vertreter der angeschlossenen Landeszentralen aus folgenden Ländern bei: Deutschland (12 Vertreter für 8000 000 Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des A.F.B.-Bundes, darunter rund 2 Millionen Frauen), England (10 Vertreter für 6 000 000 Mitglieder), Österreich (1 Vertreter für 1 000 000 Mitglieder, darunter 215 175 Frauen), Belgien (6 Vertreter für 718 410 Mitglieder), Bulgarien (1 Vertreter für 4000 Mitglieder, darunter 790 Frauen), Dänemark (8 Vertreter für 279 255 Mitglieder, darunter 43 850 Frauen), Spanien (2 Vertreter für 240 113 Mitglieder), Frankreich (7 Vertreter für 1 500 000 Mitglieder), Ungarn (2 Vertreter für 152 441 Mitglieder, darunter 22 245 Frauen), Italien (7 Vertreter für 2 055 773 Mitglieder), Letland (1 Vertreter für 30 000 Mitglieder, darunter 1954 Frauen), Luxemburg (2 Vertreter für 27 000 Mitglieder), Holland (9 Vertreter für 216 681 Mitglieder, darunter 12 796 Frauen), Polen (3 Vertreter für 403 183 Mitglieder, darunter 25 466 Frauen), Schweden (8 Vertreter für 277 242 Mitglieder, darunter 26 142 Frauen), Norwegen (1 Vertreter für 150 000 Mitglieder), Schweiz (6 Vertreter für 223 688 Mitglieder, darunter 43 334 Frauen), Tschechoslowakei (7 Vertreter für 750 000 Mitglieder, darunter 182 351 Frauen), Jugoslawien (1 Vertreter für 27 000 Mitglieder), im ganzen 94 Vertreter, darunter 7 Frauen, für 19 Landeszentralen mit 22 652 541 Mitgliedern. Außerdem

nahmen teil die 5 Mitglieder des Bureaus, über 30 Mitglieder von rund 20 internationalen Berufssekretariaten, jedoch ohne Stimmrecht, sowie als Gäste u. a. Vertreter des internationalen Arbeiterinnenbundes und des internationalen Arbeitsamtes in Genf.

Die Tagesordnung des Kongresses lautete wie folgt: 1. Eröffnungsrede des Präsidenten. 2. Die Wahl des Kongressbureaus. 3. Bericht der Mandatprüfungskommission. 4. Festsetzung der Geschäftsordnung. 5. Geschäftsbericht des Vorstandes. 6. Massenbericht. 7. Diskussion der vorliegenden Anträge. 8. Wiederaufbau Europas (Berichterstattung Souhaig). 9. Die Frage der Abrüstung und Krieg gegen den Krieg (Berichterstattung Fimmen). 10. Internationale Reaktion; unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes um den Achtstundentag (Berichterstattung Mertens). 11. Wahlen. 12. Wahl des Landes, wo der nächste Kongress stattfindet.

Der erste Tag war den Begrüßungsansprüchen gewidmet.

Aus der Eröffnungsrede des Vorsitzenden I h o m a s sei folgendes wiedergegeben: Unser Kongress, der 19 Länder mit rund 23 Millionen Mitglieder vertritt und dem auch einige Landeszentralen angehören, die nicht vertreten sein konnten, stellt die größte internationale Macht dar, die heute vorhanden ist. Zufällig fällt der Kongress zeitlich zusammen mit der Konferenz der Regierungen in Genoa, die daran erinnert werden muß, daß Europa trotz der Lehren des Weltkrieges eine Millionen Soldaten mehr zählt als vor dem Kriege, daß in den verschiedenen Ländern heute über 10 Millionen Arbeitslose vorhanden sind. Trotzdem will man immer noch nicht einsehen, daß das Unglück eines Landes das Unglück der anderen bedeutet, und daß kein Land sich ohne die Hilfe der anderen Länder wieder aufrichten kann. Unter diesen Umständen müssen die Arbeiter dafür sorgen, daß die internationalen Gesichtspunkte bei der Behandlung solcher Probleme in den Vordergrund gestellt werden. Wir haben uns schon 1919 in Amsterdam gegen die Blockade Rußlands gewendet; wir haben im August 1920 die Munitionssperre durchgeföhrt und dadurch zur Beendigung des polnisch-russischen Krieges beigetragen, um neuerdings wieder eine Unterstützungsfaktion für die Hungernden in Rußland einzuleiten. Daneben aber wünschen wir nichts schlimmer, als recht bald auch wirkliche Vertreter der russischen Gewerkschaften unter uns zu sehen, die bereit sind, die gemeinsame Arbeit zu fördern, nicht aber die Bewegung in anderen Ländern zu spalten.

Der Tätigkeitsbericht des Bundesvorstandes lag in Form einer Druckchrift von 128 Seiten vor. Nachdem der Aufbau des Bundes und seiner Geschäftsstelle in Amsterdam geschildert worden sind, folgt eine Darstellung der Tätigkeit des Bundes. An dieser Stelle kann davon nur hervorgehoben werden der Boykott gegen Ungarn, die Verweigerung der Munitionstransporte im polnisch-russischen Kriege, die Hissaktion für die Wiener Arbeiterbevölkerung und neuerdings eine noch weit größere Aktion für die Hungernden in Rußland. Die Spaltung der sozialistischen Internationalen und die sich daraus ergebende Ohnmacht führten dazu, daß, wie auf vielen anderen rein politischen Gebieten der Internationalen Gewerkschaftsbund auch in der Frage des 1. Mai die Initiative selbst in die Hand nehmen mußte. Am 16. April 1920 rief der I.O.B. die Arbeiter aller Länder auf, am 1. Mai für die Sozialisierung der Produktionsmittel und die Durchführung der Beschlüsse von Washington zu demonstrieren.

Der Maulwurf für das nächste Jahr fügte noch die Forderung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Militarismus, des Eintretens für einen Weltfrieden hinzu. Die Propaganda gegen den Krieg soll mit immer größerer Energie geführt werden.

Die Einnahmen und Ausgaben beliefen sich 1920 auf 156 000 holländische Gulden, wovon 54 000 Gulden für Gehälter, im Jahre 1921 auf 159 000 Gulden, wovon 84 000 Gulden für Gehälter erforderlich waren. Die betragsgewaltigen Länder sind meist solche mit sehr geringer Wälfuta. Der Sitz des Sekretariats aber befindet sich in einem Lande mit sehr hoher Wälfuta, woraus sich erklärt, daß trotz der verhältnismäßig hohen Beiträge (Deutschland zahlte z. B. im letzten Jahre 472 000 Mt. Beiträge) die holländischen Organisationen mit Darlehen einspringen mußten. Infolge der sonderbaren Wälfutaverhältnisse stammt nominell mehr als die Hälfte aller Beiträge aus England.

Der Bericht war erst in Rom verteilt worden, weshalb die Aussprache darüber nur eine kurze sein konnte.

T a r o n (Deutschland) erkannte an, daß er ein recht wertvolles Dokument darstelle und über eine sehr vielseitige Arbeit des Bureaus Aufschluß gebe, wiewohl man den Eindruck habe, daß mandamal etwas weniger Mühsamkeit mehr gewesen wäre. Besonders aber müßten internationale Aktionen in Zukunft gründlicher vorbereitet werden, damit Mißerfolge, wie beim Boykott gegen Ungarn oder bei der Hissaktion für Dänemark, vermieden werden. Diefem Mangel, und nicht, wie der Bericht scheint durchblicken lassen zu wollen, der ungenügenden beruflichen Mitwirkung, sei der ungarische Mißerfolg zu verbantem. Z u l a s t y (Polen) wandte sich dagegen, daß die verhängte Behinderung der Munitionstransporte sich nur gegen Polen, dessen Freiheit bedroht war, richtete und daß sie ohne vorheriges Inverbindtreten mit den polnischen Organisationen erfolgte. Die polnischen Arbeiter hätten selbst durch den Generalfreist die Beteiligung ihrer Regierung an diesem Kriege zu verhindern getrachtet. Als aber die Bolschewisten überhand ins Land drangen und vor Warschau standen, da hätten auch die Arbeiter die bedrohte Republik verteidigen helfen müssen.

B u t s e g (Aussowien) bedauerte sehr, daß die Hissaktion für die Hungernden in Rußland in einem rein landwirtschaftlichen Gebiete erfolge und nicht in einem Gebiete, wo sie ermöglicht hätte, mit der Industriearbeitererschaft in Fühlung zu kommen. Im übrigen wünscht er weitere Förderung der Bewegung in schlecht organisierten Ländern durch die Internationalen.

D u m o u l i n (Frankreich) begrüßte besonders, daß der I.O.B. Arbeiter aus den beiden Lagern der kriegführenden Länder wieder zusammenführen konnte und daß er alles tat, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu fördern. Dem vorgelegten Bericht stimmt auch er zu, wünscht aber nicht, sich dadurch für die zufällige Haltung des Bureaus festzuhalten.

Die Vertreter aus Letland, Aussenowien, Italien und Spanien sprachen für die ihrer Bewegung geleistete Hilfe den Dank aus, wobei der spanische Redner erklärte, daß der an seine Regierung gerichtete Protest des I.O.B. gegen den

welchen Schreden bei der spanischen Regierung nicht ohne Wirkung geblieben sei und sich die Verhältnisse seitdem nicht wenig gebessert haben.

Stimmen (Geträte) antwortete für das Bureau auf die verschiedenen Einwände und Fragen: der ungarische Boykott war ein Teilerfolg, besonders dank der österreichischen und tschechischen Eisenbahnen, obwohl die Vorbereitungen hätten besser sein können. Darauf wird in Zukunft auch mehr Gewicht gelegt werden. Die Aktion gegen die polnischen Munitionstransporte habe sich nicht gegen Polen, sondern gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges gerichtet, und sie würde das in ähnlichen Fällen stets wiederholt werden. Mit besonderer Genugtuung wies der Redner darauf hin, daß der IOW schon innerhalb zweijähriger Tätigkeit nach dem Kriege die größte und einzig wirklich geschlossene internationale proletarische Macht darstelle.

Der Bericht des Bureau wurde darauf einstimmig gutgeheißen, desgleichen der von einem Bücherrevisor in Amsterdam geprüfte Kassenbericht.

Der dritte Tag (22. April) brachte die Aussprache über den Wiederaufbau Europas. Berichterstatter ist Souhaug (Frankreich), der über die gleiche Frage auch eine kleine Druckschrift vorgelegt hat. Da die Stellungnahme des Genossen Souhaug zu dieser Frage aus früheren Ausführungen zur Genüge bekannt ist, erübrigt es sich, hier ausführlicher zu berichten.

Leipart (Deutschland) erwiderte auf die beklagenswerte Lage der deutschen Arbeiterchaft und auf die Arbeitslosigkeit in den Ententeländern, zum Teil eine Folge der Geldentwertung in Deutschland und Mitteleuropa, die die heutige ungeheure Weltwirtschaft und die falsche Politik widerpiegeln, die heute in Europa getrieben wird und die auch die russische Hungersnot verschuldet. Die unerhörlichen Reparationen, eine Politik des Hasses und der Rache, erschwert nicht nur die Lage der deutschen Arbeiter, sondern der Arbeiter aller Länder, denen man nicht die Wahrheit sagt, wenn man behauptet, daß die Deutschen ein Wohlleben führen und daß es unseren Arbeitern besser gehe als in anderen Ländern. Leider hören aber auch Arbeiterblätter oft mehr auf die gefährlichen Berichte der bürgerlichen Presse wie auf die Mitteilungen, die sie von unseren Gewerkschaften erhalten. Leipart ging dann ausführlich auf die heutige Wirtschaftslage Deutschlands über, auf den Rohstoffmangel, der den Beschäftigungsgrad herabdrückt und auf die Wirkung der Währungschwankungen, die schon technisch die Anpassung der Löhne an die Geldentwertung fast unmöglich machen. Dabei wird der Hauptteil der Reparationsleistungen von den Entente-Kommissionen und Besatzungstruppen aufgebraucht. Gegen diese Verwendungsart deutscher Wirtschaftskraft und des Schweißes der deutschen Arbeiter wenden sich diese voller Empörung und Zorn. Diese Politik muß durch internationales Zusammenwirken der Völker, durch eine Politik der Vernunft, der Versöhnung und der Menschlichkeit ersetzt werden. Der Redner beantragte, die von der vorbereitenden Konferenz in Genua beschlossene Resolution anzunehmen.

Ben Turner (England) schloß sich den Vorrednern an. Benozzi (Italien) wies darauf hin, daß es seinem Lande noch schlimmer geht als den besetzten Ländern, denn es hat auch in den neu gewonnenen Gebieten keine Rohstoffe. Der Zusammenbruch künstlich geschaffener Kriegsindustrien und die Unmöglichkeit der Auswanderung haben dazu geführt, daß Italien heute eine Million Arbeitslose und eine halbe Million Kurzarbeiter zählt. Nur die Vorkriegszeit der Kriegsschulden und die internationale Regelung der Rohstoffverteilung können die heutige Lage wirklich bessern, und das sollte in der Resolution noch schärfer zum Ausdruck kommen. Auch wünschte der Redner, daß alles geschieht, um den Wiedereinbruch der amerikanischen Gewerkschaften an den IOW herbeizuführen.

Madfen (Dänemark) berichtete über die Lage in den skandinavischen Ländern und über das Ergebnis der letzten großen Kämpfe.

Die nachfolgende Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen:

„Im Augenblick, wo die in Genua versammelten Vertreter der Regierungen die Mittel ausfindig zu machen suchen, um die wirtschaftliche Reorganisation Europas zu sichern und wo sie unter dem Druck der Tatsachen die Notwendigkeit einer neuen internationalen Politik und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen den Völkern anerkennen, hat der Internationale Gewerkschaftsbund eine Konferenz zusammenberufen, um auch die Stimme der Arbeiterchaft hören zu lassen, ohne deren Mitarbeit das von allen Ländern geforderte Werk des Wiederaufbaues nicht in Angriff genommen und durchgeführt werden kann.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise deckt die noch dem Kriege begangenen Fehler auf. Sie ist das Resultat des wirtschaftlichen Nationalismus und Imperialismus und der dauernden Verneinung der Tatsache der gegenseitigen materiellen und moralischen Abhängigkeit der Völker. Diese Fehler werden verstärkt durch die Wirkungen der Spekulation, durch den Umstand, daß sich die Produktion nicht nach den Bedürfnissen richtet, und durch die Entwicklung eines Finanzkapitalismus, der, ohne direkt an der Produktion beteiligt zu sein, immer größere Macht über die gesamte Weltwirtschaft ausübt. Weil durch die Umstände begünstigte Nationen die Solidarität verstoßen, die ihr Schicksal tatsächlich an dasjenige der durch den Krieg verarmten Nationen bindet, ist die gewaltige Ungleichgewichtsverteilung entstanden, die in den reicheren Ländern durch die Stodung in der Produktion zum Ausdruck kommt, während die erschöpften Nationen nicht einmal in der Lage sind, für die primitivsten Bedürfnisse ihrer Bevölkerungen aufzukommen.

Eine derartige Politik und ein solches System verurteilen sich selbst durch ihre Folgen.

Die Arbeiterkonferenz weist nachdrücklich auf die verhängnisvollen Folgen hin, die diese Lage für die Arbeiterchaft nach sich zieht.

Zu einer Zeit, in der die volle Ausnutzung jeder Arbeitskraft geboten ist, befinden sich ungefähr 10 Millionen Lohnarbeiter arbeitslos und brotlos. Die Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterchaft in allen Ländern verschärft dort noch die unerträgliche Notlage, in welcher sich die Familien der Erwerbslosen befinden, zieht aber auch schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft der anderen Länder nach sich. Die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts hat einen derartigen Umfang angenommen, daß die Verarmung einer Nation unmittelbar den Ruin der anderen nach sich zieht.

Aus unserer Bewegung im Steinbrudgewerbe

Nürnberg-Gürth.

Durch Verhandlung der beiden Vorständen der Unternehmer und Hilfsarbeiter sind für Mai dieselben Zulagen vereinbart worden, die das Hilfspersonal im April erhalten hat. Die Zulagen betragen ab 1. Mai für Hilfsarbeiter von 16 bis 18 Jahren wöchentlich 110 Mk., für Hilfsarbeiter von 18 bis 21 Jahren 120 Mk., von 21 bis 24 Jahren 130 Mk. und über 24 Jahre 139 Mk.

Alle Angelerinnen, Fangerinnen, Mafaturgieherinnen und Goldauflegerinnen erhalten eine wöchentliche Zulage von 85 Mk., alle sonstigen Hilfsarbeiterinnen 83 Mk. Jugendliche unter 16 Jahren, soweit sie nicht an der Maschine oder als Goldauflegerinnen tätig sind, bekommen eine Lohn-erhöhung von 50 Mk.

Bei den Lohnlägen für Nürnberg-Gürth ist zu beachten, daß im Steinbrudgewerbe für das Maschinenpersonal keine Bezüge besteht. Wer an die Maschine gestellt wird, bekommt sofort den zuständigen Lohn der Branche.

Aus unseren Zabststellen

Berlin. Bei der am Sonntag, 14. Mai, durch Urabstimmung vorgenommenen Wahl des Berliner Ortsvorstandes, der Angestellten und des Beiratsmitgliedes wurde, wie zu erwarten war, die Liste I (Richtung Umstern) mit großer Mehrheit gewählt. Insgesamt wurden abgegeben 5755 Stimmen, von denen 319 ungültig waren. Davon erhielten: Otto Gloth 2892, Gustav Grohmann 3407, Franz Bergemann 3162, Mag Blankenburg 3131, Paul Baumgarten 3041, Mag Fudys 3004, Olga Schöbel 2965, Karl Sella 2922, Alfred Darg 3088, Willi Grohmann 3007, Helene Kircht 2889, Paula Dörfl 2863, Paul Schulze 2908, Richard Wendlich 2915, Elfe Wagner 2894, Emma Wolf 2929, Paul Schönberg 2875 und Oskar Schäfer 2689 Stimmen. Die von der Moskauer Zelle aufgestellten Kandidaten blieben mit 2108 bis 2310 Stimmen in der Minderheit.

Hamburg. In der Mitgliederversammlung am 5. Mai 1922 sprach der Arbeiterratssekretär Neumann über das Arbeitszeißege. An hand der verschiedenen Paragrafen von der Referent nach, daß das Arbeitszeißege ein Verwurf der Regierung und Unternehmer sei, den gesetzlichen Achtstundentag illusorisch zu machen. Infolge der gewerkschaftlichen Organisationsmaßnahmen sei, diesen Angriff der Regierung sowie der Unternehmer zu parieren, das Gesetz in dieser Form prinzipiell abzulehnen und den Achtstundentag als Erwerbsgrundlage langjähriger gewerkschaftlicher Kämpfe mit allen Mitteln zu verteidigen. Referent richtete an die Kollegenchaft den Appell, Ueberstunden unter allen Umständen abzulehnen und in gegebenen Moment den Kampf für den Achtstundentag aufzunehmen. Kollege Bohle gab den Bericht über die Lohnverhandlungen. Nach Scheitern der Verhandlungen ist das Arbeitsministerium angerufen worden, welches einsehend, daß die im April gewährte Zulage von 160 Mk. mit der proportionalen Aufwertung für Hilfsarbeiter auch für Mai auf die bisherigen Löhne in Anwendung kommen sollte. Die vom Grapfischen Kartell vorgeschlagene Resolution wurde angenommen, in der es heißt, die durch den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums erreichte Zulage kann nicht als ein der herrschenden Leuerung entsprechender Ausgleich betrachtet werden. Die Verbandsinstanzen werden aufgefordert, sofort neue Verhandlungen zu veranlassen, damit noch für den Monat Mai eine weitere Erhöhung erreicht wird. Sollte das nächste Abkommen wiederum unzureichend sein, so wird die graphische Arbeiterchaft gemeinsam mit allen Mitteln ihren gerechten Forderungen Geltung verschaffen. Anstehend berichtete Kollege Selge über die Verhandlungen im Steinbrud. Auch sie seien recht schwierig gewesen und hätten abgebrochen werden müssen. Es finden aber am Donnerstag dieser Woche erneut Verhandlungen statt. Ueber das Ergebnis soll dann berichtet werden. Für Hamburg müßten bei jeder Erhöhung der Löhne für die Gehilfen von unserer Seite besondere Verhandlungen anberaumt werden. Der Beschluß des Bundesvorstandes, daß alle männlichen gewerkschaftlichen Mitglieder 5 Mk. und alle weiblichen 3 Mk. für die streikenden süd-deutschen Metallarbeiter abzugeben haben und je 1 Mk. für Errichtung des Bundeshauses, wurde angenommen.

Köln. Am 4. Mai fand in den Räumen des Kolonialhauses eine stark besuchte Mitgliederversammlung statt. Einiges der Versammlung ehrten die Anwesenden das Andenken ihres verstorbenen Kollegen und Gauleiters Herrn. Bess sowie der Kollegin Anna Grün in der üblichen Weise. Der Versammlungsleiter hob noch einmal die hervorragenden Verdienste des Kollegen Bess hervor, der zehn Jahre lang die Geschäfte der Zabststelle Köln geleitet, der unermüdet und rastlos im Gau tätig gewesen, sein ganzes Denken und Sinnen in den Dienst der Organisation gestellt habe. Nachdem unter geschäftlichen Mitteilungen einige verwaltungs-technische Fragen behandelt und über ein von unerwarteten Kollegen verbreitetes Bindenscheinvergehrige Aufklärung gegeben war, schritt die Versammlung zur Ergänzungswahl des Vorstandes. Als Nachfolger des verstorbenen Kollegen Bess wurde der provisorische Gauleiter Kollege Heilmann als 1. Vorstehender gewählt. Kollege Krosch, der einziger der Versammlung seinen Posten als 2. Vorstehender niedergelegt hatte, zog nach eingehender Aussprache seine Amtsniederlegung zurück. Die Versammlung wählte ihn einstimmig wieder. Der zweite Punkt der Tagesordnung: Die neuen Leuerungszulagen, nahm den breitesten Raum der Versammlung ein. Nach eingehendem Bericht des Kollegen Heilmann über den Verlauf der Verhandlung, die trotz aller ersten Versuche zu keinem annehmbaren Ergebnis kommen konnten und schließlich zum inzwischen bekannten Schiedspruch vom Reichsarbeitsministerium führten, setzte eine äußerst lebhafte Diskussion ein, in der unvorhersehbar die starke Erbitterung gegen die zueckhöpste Unternehmerrchaft im graphischen Gewerbe zum Ausdruck kam. Von der Abfassung einer Resolution wurde Abstand genommen. Das Gros der Kölner Kollegenchaft legt keinen Wert auf papierne Entschuldigungen, sondern bekundet, geschloffen hinter ihren Führern zu stehen, bereit, deren Weisungen nachzukommen,

auch durch etwa notwendig werdende energischeren Maßnahmen zur Lebenshaltung der graphischen Arbeiterchaft beigetragen und dieses den Prinzipalen vor Augen zu halten. — Den Bericht über die Tarifausführung vom 29. April über den verführten Abbau der Sonderzulage gab Kollege Heilmann, der an den Verhandlungen teilgenommen hatte. Die unverständlichen Abbauverläufe in der letzten Zeit seitens der rheinischen Prinzipalität fanden gebührende Unterbrechung. Das Tarifamt hat in dieser Angelegenheit einen Schiedspruch gefaßt, der die Kollegenchaft in bezug auf die Zeiteräumung nicht befriedigt, in Würdigung der Verhältnisse jedoch zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Mit einem Appell an die Kollegenchaft, immer so einmütig und geschloffen zusammenzutreten wie am heutigen Versammlungsabend, schloß Vorstehender die angeregte verlaufene Versammlung.

Nürnberg-Gürth. In den am 2. und 4. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlungen gedachte der Vorstehende zunächst des Lebens zweier Mitglieder sowie des Hinscheidens des Kollegen Bess in Köln und des Abgeordneten Hue. Auch der Verlust, den unsere Münchner Zabststelle durch den tragischen Tod der Kollegin Burfert erlitten hat, fand eine gebührende Würdigung. Dem Beschäftigten- und Kassenbericht für das 1. Quartal 1922 ist zu entnehmen, daß uns dieser Zeitraum einen Zuwachs von 104 Mitgliedern brachte. Der flotte Beschäftigungsgrad im Steinbrud verlangte nach weiblichen Arbeitskräften, und der Zustrom zu den Druckereien fand seine Erklärung durch den Kampf in der Metallindustrie, der manche Frau wieder zur Erwerbstätigkeit zwang, um so das Familieneinkommen zu erhöhen. Bedauerlicherweise erfolgte die Arbeitsaufnahme vielfach mit Umgehung des Arbeitsnachweises. Der Beschäftigungsgrad im Buchdruck hat einen Niedergang erfahren, der zum Teil im Zusammenhang mit dem Streik bzw. der Ausperrung in der Metallindustrie steht. Einen teilweisen Erfolg hatten auch die Bemühungen um Gewinnung des Hilfspersonals in den Buchdruckereien, das bisher dem Lohnabkommen in der Metallindustrie unterstand. Durch den inzwischen ausgebrochenen Kampf mußte diese Aufgabe unerledigt bleiben. An dem Streik in der Metallindustrie waren wir bei Beginn mit 15 Mitgliedern beteiligt, deren Zahl inzwischen auf 10 gesunken ist, an die neben der Streikunterstützung auch aus den Mitteln der Lokalkasse entsprechende Zuschüsse zur Auszahlung gelangen. Die Verbandskassa hatte im 1. Quartal eine Einnahme von 84 745 Mk., wovon nach Abzug der Unterhaltungen und sonstigen Ausgaben ein Ueberchuß von 64 289 Mk. nach Berlin gefandt wurde. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 23 270 Mk. Der Mitgliederstand betrug am Quartalschluß 282 männliche und 1326 weibliche Personen, insgesamt 1608. Aus dem Berichte über die Tätigkeit im Gau ist hervorzuheben, daß die Papierwarenfabrikanten der Lünen- und Beuelbranchen eine neue Organisation gründeten, deren Bestreben unter anderem auch die Nichtanerkennung bzw. Aufschaltung des Hilfsarbeitertarifs, auch für die an Druckmaschinen beschäftigten Arbeiterinnen, ist. Wegen der Erhebung eines einmaligen Extrabetrages wurde auf die verschiedenen Zeitungsartikel in der Arbeiterpresse hingewiesen. Durch die erfolgreiche Beendigung des Kampfes der dänischen Arbeiterchaft ist die Unterstützung derselben inzwischen gegenstandslos geworden, so daß also vorerst nur der Extrabtrag von 1 Mk. pro Mitglied für das Bundeshaus der Gewerkschaften zu erheben ist. Nach einem Bericht in der Parteipresse sollen die Extrabträge in der Höhe von 3 Mk. für weibliche und 5 Mk. für männliche Mitglieder, die für die Dänen bestimmt waren, nun zur Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter erhoben und verwendet werden. Die grundsätzliche Bedeutung, die ein freier Ausgang dieses großen Ringens zweier mächtiger Organisationen für die gesamte Arbeiterchaft hat, wurde eingehend dargelegt und einstimmig beschloffen, daß, wenn seitens des Verbandsvorstandes die Aufforderung zur Zahlung des Extrabtrages erfolgt, die Ableistung ohne weiteres erfolgt. Anerkannt muß werden, daß bisher schon das Hilfspersonal mehrerer Steinbrudereien erhebliche Beträge durch Sammlungen aufgebracht. Was Karl Marx von den englischen Arbeitern rühmte, daß sie die Preistämpfer für die gesamte Arbeiterchaft waren, das trifft für die Metallarbeiterchaft zu, die sich damit nur gegen eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes wehrt. Das Ergebnis der Verhandlungen im Buchdruck wurde kritisch besprochen. Während in den Friedenszeiten mit einer gewissen Befriedigung stets betont wurde, daß im Buchdruckgewerbe, im Gegensatz zu vielen anderen Berufen, die Lohnfrage ohne Vermittlung außenstehender Kreise selbständig in schiedsrichterlicher Weise erledigt wurde, ist man jetzt infolge der Engherzigkeit gewisser Prinzipalstrelkreise davon abgekommen, und die Tragkraft des Tarifgebüdes bedarf stets der Stütze des Reichsarbeitsministeriums, das nun schon zum achten Mal vermittelt eingriff. Von einer Erhöhung des Prozentsatzes für das Hilfspersonal spürt man keinen Hauch. Wenn seitens der Buchdruckprinzipale immer wieder auf die hohen Papierpreise verwiesen wird, so ist darauf zu erwidern, daß die bürgerliche Presse, von wenigen Ausnahmen abgesehen, sich für die Beseitigung der Zwangswirtschaft, das freie Spiel der Kräfte, den hemmungslosen Wucher in jeder Form ausgedroht hat. Mit verbrämten Worten wurden die Konsumenteninteressen des arbeitenden Volkes von der bürgerlichen Presse stets zertritten, die ihrer Natur nach die Vertretung der Agrar-, Industrie- und Handelsinteressen ist, mag sie auch in einzelnen abwichen, je nach der grünen, schwarzen oder schwarzweißroten Färbung. Auch der dünne demokratische Firnis, der Modeanstrich, ist nicht wecklicher. Die zentralen Verhandlungen im Steinbrudgewerbe sind ergebnislos verlaufen. Ist auch unser Tarif nur ein drücklicher, so sind wir infolgedessen abhängig von den Gehilfen, was das Abkommen Verhandlungen über neue Leuerungszulagen erst nach einer Lohnrevison für die Lithographen und Steinbrudrucker vorsetzt. Es wurde auf den Ablauf des Tarifes am 31. Mai verwiesen und besonders die Beibehaltung der 47stündigen Arbeitswoche betont. Bei den Verhandlungen über den neuen Tarif werden von unserer Seite verschiedene Änderungsanträge gestellt, die in besonderen Branchenversammlungen zur Behandlung und Beschlußfassung kommen. Einem Reichstare für das Steinbrudgewerbe stand die Versammlung ziemlich kritisch gegenüber, weil dieser den armeren Städten kaum nennenswerte Vorteile bringen dürfte und die Provinz nicht die vielen Mittel- und Kleinbetriebe aufzeweisen hat wie das Buchdruckgewerbe. Bei dem Organisationszwang, der im Steinbrudgewerbe herrscht, sind Extraditionen, wie sie von einem Teil der Buchdruckprinzipale in der Provinz unter stillschweigender Duldung durch deren Organisa-

tionen getanz werden, ausgeschlossen. Diese Lässigkeit wie bei der Durchführung des Hilfsarbeitergesetzes in den Provinzdruckereien wäre im Steindruck nicht möglich. Auch die einjährige Gültigkeitsdauer des Steinbrudrartikels ist gegenüber der zweijährigen des Buchdruckerartikels als Fortschritt zu bezeichnen. Den Schluß der sehr anregend verlaufenen Versammlung bildete die Erlebigung lokaler Angelegenheiten.

Rundschau

Der Arbeitsmarkt im März hatte sich nach den statistischen Erhebungen gegen den Februar gebessert. Die günstige Gestaltung war in der Hauptsache auf die Belebung des Baugewerbes und auf die erhöhte Arbeitsmöglichkeit in der Landwirtschaft (Frühjahrsbestellung) zurückzuführen. Die Industrie hatte an der Belebung des Arbeitsmarktes geringeren Anteil. Die Mitgliederzahl bei den Krankenkassen stieg um 2,1 v. H. gegen 1,7 v. H. im Vormonat. Bei den öffentlichen Arbeitsämtern ließ sich eine starke Zunahme von Stellenangeboten erkennen, während sich die Zahl der Arbeitsgesuche nur wenig vermehrte. Auch bei den Mitgliedern der Gewerkschaften fiel die Zahl der Arbeitslosen. Am Ende der letzten Februarwoche entfielen auf je 100 vom Bericht erfasste Mitglieder 2,7 Arbeitslose, im März war diese Zahl auf 1,1 zurückgegangen. Mitgliederzahlen und Stand der Arbeitslosigkeit in den Verbänden des graphischen Gewerbes zeigt nachstehende Uebersicht:

Mitglieder	Auf 100 Mitglieder kamen Arbeitslose						
	Februar			März			
	m.	w.	z.	m.	w.	z.	
Buchbinder	01766	1,0	0,8	0,9	0,8	0,6	0,7
Buchdrucker	73400	1,7	—	1,7	—	—	1,7
Hilfsarbeiter	49518	1,1	0,9	1,0	1,0	0,8	1,0
Steindrucker	18933	0,9	2,1	0,7	0,9	3,2	0,9
Graph. Zentralverb.	6787	0,2	0,1	0,1	0,4	0,2	0,3
Gutenbergbund	3018	1,2	—	1,2	1,3	—	1,3

Lohntabellen, enthaltend die Löhne für Gehilfen, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen (nach Boden-, Tag- und Stundenlohn berechnet) und das Kostgeld der Lehrlinge, sind vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW. 48, Friedrichstr. 239, zum Preise von 3 M. pro Exemplar bei portofreier Zustellung sofort zu beziehen.

Die Sonderzulagen im Kreise Rheinland-Westfalen bleiben nach einem Entsch. den das Tarifamt Ende April gefaßt hat, bestehen. Von den Prinzipalen war ein Abbau der Sonderzulagen im Kreise II beantragt worden. In Gegenwart der Kreisvertreter wurde vor dem Tarifamt verhandelt, das zu folgendem Beschl. kam:

„Das Tarifamt erachtet den derzeitigen Zeitpunkt für nicht geeignet, einen Abbau der Sonderzulage des Kreises II seine Zustimmung zu geben. Es beschließt jedoch, daß bis zum 1. Oktober 1922 ein Abbau der Sonderzulage vorzunehmen ist; jedoch behält sich das Tarifamt vor Durchführung des Abbaues eine nochmalige Prüfung der für den Abbau in Betracht kommenden Verhältnisse, Festlegung der Höhe des Abschlags und endgültige Beschl. fassung vor.“

Neue Teuerungszulagen für die graphischen Arbeiter in Deutsch-Ostpreußen sind durch das Graphische Kartell nach äußerst schwierigen Verhandlungen vereinbart worden. Nach der getroffenen Vereinbarung wurden die seit dem 20. Februar bestehenden Gesamtmindestlöhne für Gehilfen und Hilfsarbeiter ab 24. April um 10 Proz. erhöht. Der bestbezahlte Gehilfe verdient somit in Wien wöchentlich 27 819 Kronen, der verheiratete Hilfsarbeiter 18 758 Kronen und die Hilfsarbeiterin 14 867 Kronen.

Der Geschäftsbericht des Tarifamtes von 1921, der über alles Wissenswerte auf dem Bohngebiete, soweit es sich um Veränderungen und Vorkommnisse aus dem Jahre 1921 handelt, unterrichtet, ist zum Preise von 5 M. bei portofreier Zustellung sofort zu beziehen. (Postfachkonto Nr. 65 058 Berlin SW. 7.) Vorherige Einfindung des Betrages der Einfachheit halber dringend erbeten.

Schwertriebsgeschädigte betreffend: Es suchen Stellanng. Handseher (linkes Bein gelähmt), will in Berlin Maschinenseher werden. — Handseher (linkes Fußgelenk gelähmt, rechts Unterschenkelgeschwür), will Maschinenseher in Südwestdeutschland werden. — Handseher (Verstümmelung des linken Daumens), will Maschinenseher werden. — Korrektor sucht Stellung als solcher in größerer Druckerei Berlins. — Handseher (Lungenentzündung) sucht leichte Beschäftigung im Zeitungsbetrieb; Kontorleuer, ausschweifendes Korrekturlesen oberähnliche Arbeiten, Lagerverwalter für größere Werkdruckereien, auch als Akquisiteur für Inserate oder Druckmaschinen. — Gelehrter Schmeizerbeuger, Meisterprüfung mit „Sehr gut“ bestanden, mit Kalkulation, Schmaschinen- und Stereotypbetrieb vertraut, kaufmännisch ausgebildet, sucht leitende Stellung im Kontor. — Handseher (Verlust des linken Armes) sucht Stellung. — Am Zehmitum ausgebildeter Linotypseher sucht Stellung als solcher. — Nicht schwertriebsgeschädigter will sich im Maschinenfabrik ausbilden. — Es werden verlangt: Nach Salzwedel ein Schwertriebsgeschädigter für Korrekturlesen oder leichtere Arbeiten; Zeitungsbeuger. — Nach Wernigerode (Harz) ein Schwertriebsgeschädigter, der entweder als Korrektor oder als Buchbinder Verwendung finden kann.

Flüchtling aus Rosen, firm in Inseraten, Altbüchsen- und Tabellensatz, evtl. auch als Schmeizerbeuger, sucht in größerer Stadt der Provinz Stellung.

Ueßer die Geltungsdauer der Demobilisierungsverordnungen sind durch Gesetz vom 30. März 1922 besondere Vorschriften erlassen worden. Ein Teil der Verordnungen sind bis zum 31. Oktober 1922 dadurch verlängert worden. In einer Rundschau vom 18. März der „Solidarität“ haben wir auf das Gesetz bereits hingewiesen. Aus Kollegenkreisen kommt jetzt die Anregung, diejenigen Verordnungen genau anzuführen, die nach dem Gesetz vom 30. März ver-

längert worden sind. Die Kollegen können den jetzt bestehenden Rechtszustand aus folgender Zusammenstellung erkennen:

Bis 31. Oktober 1922 verlängert wurde die Geltungsdauer nachstehender Demobilisierungsverordnungen:

1. Verordnung des Reichsarbeitsministers über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 nebst der ändernden Verordnung vom 31. März 1922.

2. Anordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung über Arbeitsnachweise vom 9. Dezember 1918.

3. Verordnung des Reichsarbeitsministers über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 12. Februar 1920 und Verordnung des Reichsarbeitsministers betreffend Venderung dieser Verordnung vom 28. Januar 1922.

4. Anordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 nebst der ergänzenden Anordnung vom 17. Dezember 1918.

5. Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 18. März 1919.

6. Verordnung des Reichswirtschaftsministers und des Reichsarbeitsministers betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und -stilllegungen vom 8. November 1920.

Von den weiteren acht Verordnungen, die vorläufig bestehen bleiben, wird unsere Mitglieder nur noch interessieren die

Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung über Erweiterung der Fortbildungspflicht vom 28. März 1919.

Von den Verordnungen der Landesregierungen und der ihnen nachgeordneten Demobilisierungsbehörden wurde bis 31. März 1922 unter anderem auch verlängert das Hausgehilfenrecht.

Die nicht im Gesetz vom 30. März 1922 genannten Verordnungen sind aufgehoben und gelten nicht mehr. Zu ihnen gehören die Verordnungen zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft vom 16. März 1919 und über die Freimachung von Arbeitsstellen vom 25. April 1920.

Berufsinvaliden betreffend. Tüchtiger Drucker, wegen vermindert. Sehschärfe nicht voll erwerbsfähig, sucht passende Beschäftigung, evtl. als Steiger. — Handseher sucht folgende Beschäftigung. — Hilfsarbeiter, 31 Jahre alt, jetzt aus Gefangenschaft zurückgekehrt, obren- und nervenleidend, auch geringer Lungenbefehl, früher Sanitärarbeiter, sucht passenden Arbeitsplatz. — Arbeiterin, 25 Jahre alt, rechle Hand verkrüppelt, als Anlegerin und Bogenfängerin nicht mehr brauchbar, bittet dringend um Unterkommen. — Für die Berufsbeschäftigten kommt nur Berlin in Frage.

Die Herren Prinzipale werden gebeten, vorstehende Gesuche zu berücksichtigen und evtl. offene Arbeitsplätze dem Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW. 48, Friedrichstr. 239, zu melden.

Die Angestellten zum Kampf der Metallarbeiter in Süddeutschland. Der Gesamtverband des Metall-Bundes hat die freigewerkschaftlichen Angestellten zur Solidarität für die kämpfenden Metallarbeiter aufgerufen. In einem Aufruf weist er seine Mitglieder darauf hin, daß das organisierte Unternehmertum der süddeutschen Metallindustrie einen wohlbedachten Angriff auf den Lichtumbau führt und erinnert ferner daran, daß schon im Jahre 1908 diese Unternehmerrgruppe einen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht der gewerkschaftlich organisierten Angestellten im Interesse der deutschen Kapitalistenklasse gewagt hat. In dem Aufruf heißt es:

„Die organisierten Metallarbeiter Süddeutschlands haben in diesem elfwöchigen Abwehrkampf gezeigt, daß sie sich ihrer hohen historischen Mission gegenüber der gesamten Arbeiterklasse bewußt sind. Der Gesamtverband des Metall-Bundes weiß sich eins mit hunderttausenden von freigewerkschaftlich organisierten kaufmännischen und technischen Angestellten, wenn er den streikenden Metallarbeitern für ihren zähen Kampfeswillen, ihre aufrechte Haltung und ihre hohe Opferfreudigkeit seine vollste Bewunderung und Sympathie zum Ausdruck bringt.“

Der Vorstand des Metall-Bundes erwartet deshalb, daß in dieser Stunde des verschärften Klassenkampfes die Solidarität der Kopf- und Handarbeiter zur Tat wird und macht sich deshalb den Beschl. der letzten Zus.-sitzung des M.B. zu eigen. Alle männlichen Mitglieder der Angestelltenverbände werden zu einem Beitrag von 5 M., alle weiblichen zu einem Beitrag von 3 M. verpflichtet.

Die Arbeiterpresse in Deutschland spricht zu ungefähr 4 Millionen Lesern, die kapitalistischen Blätter zu 25 Millionen. Im ganzen gibt es in Deutschland gegen 4000 Zeitungen, davon dienen 300 der Arbeiterbewegung. Wieviel Arbeiter und Arbeiterinnen mag es wohl geben, die ihre geistige Kost aus den General- und Lokalangelegern beziehen? Ist es da ein Wunder, wenn der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus so unendlich schwer ist? Man bedenke, in 25 Millionen Zeitungen wird täglich offener und verdeckter Kampf gegen die Arbeiterklasse geführt, denn alle diese Blätter dienen dem Kapitalismus und werden von ihm erhalten. Die fortgesetzten Verdächtigungen und Beschimpfungen der Arbeiter, ihrer Einrichtungen, ihrer Vertreter in Staat und Gemeinde lassen sich Arbeiter ruhig gefallen, ja bezahlen noch dafür, indem sie diese Blätter abonnieren. Man verhöhnt, bewißelt und beschimpft sie, der dumme Arbeiter, der seinen Generalangelegern liest, merkt nichts, er freut sich noch über den guten „Witz“, über das spaßige Bild in seinem Leib- und Kleiderblatt. In 25 Millionen Exemplaren führt der Kapitalismus ständig seinen Kampf gegen die Bestrebungen der Arbeiter, seine Stimme geht weit, die Arbeiterpresse kann nur schwer gegen ihn aufkommen. Wir müssen daher mit allen Kräften dafür sorgen, daß die bürgerlichen Blätter aus den Arbeiterwohnungen verschwinden. Mit der Verbreitung der Arbeiterpresse tragen wir mehr zur Befreiung des Proletariats bei als durch langatmige Verammelungsreden.

Eingegangene Druckchriften

Die Werkstatt des Geistes. Von Gerhart Egger. Selbstverlag der „Proletarischen Jugend“, Sammlung sozialistischer Jugendchriften. Verlag der Buchhandlung „Gewelt“, Berlin G. 2, Reiche Str. 33. Der Verfasser der „Republik“ und „Theater“ bringt in diesen neuen Schrift eine interessante Darstellung der Entstehung des menschlichen Geistes, einmal auf naturwissenschaftlicher und dann auf geistlicher Grundlage. In der Einleitung ist dargestellt, wie man gelangt ist zur Erkenntnis, daß nur in geistlicher, sondern auch in menschlicher Hinsicht ist. Der Verfasser beruht die Auffassung, daß die Bildungsarbeit der Menschheit im allgemeinen und der Jugendbewegung im besonderen sich nicht nur auf die Bildung des Verstandes und höchsten Geistesunterrichts und des höchsten Verstandes beschränken darf, sondern auch noch wesentlich auf den geistlichen Teil der geistlichen Bildung des menschlichen Geistes. Diese Schrift verdient, ebenso wie die anderen Schrift der gleichen Sammlung, die größte Verbreitung unter der arbeitenden Jugend zu finden.

Wirtschaft, Prof. Dr. Robert: Konsumgenossenschaften (Gewerkschaftskultur Heft 3). Verlag von Ernst Heinrich Meyer (Ant. Franz Mittelbach), Stuttgart. Preis, 10 M., lat. 12 M.

Bei allen Plänen zum Aufbau einer Gemeinwirtschaft steht die Gründung von Konsumgenossenschaften im Vordergrund aller Erwägungen. Der bekannte Köhler, Volkskundler ist einer der eifrigsten Befürworter dieser Idee, für welche er mit der vorliegenden Schrift in eindringender, wissenschaftlich begründeter Weise wirbt. Das Buch gibt einen klaren Überblick über Entstehung und Entwicklung von Konsumgenossenschaften im In- und Ausland, über ihre Bedeutung für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft und weltwirtschaftliche Hinsicht. Auch an der inneren Schwierigkeiten, an den Grenzen der Anwendbarkeit und den Möglichkeiten der Ausbreitung geht Wissenschaftler Darlegung nicht vorbei. Das Buch ist ein Anruf an die Arbeiter, es gibt die Lehre einer neuen Weltanschauung, es zeigt den Weg, der aus dem Zustand der Kapitalgesellschaft heraus zur Gemeinwirtschaft führt, in der allein das Ziel für die unteren und mittleren Volksklassen zu suchen ist.

Abrechnungen

Abrechnungen für das 1. Quartal 1922 haben eingelangt:

Gau Leipzig: 237153,— M.
Gau Sa: Niersleben 9063,80, Dessau 931,25, Säfertal 2947,05, Magdeburg 32803,55, Nordhausen 3709,75, Quedlinburg 470,52, Sangerhausen 503,80, Stendal 1084,55, Wernigerode 803,20, Wittenberg 2082,40, Einzelmitglieder 1522,20 M.

Gau 10: Bordeshopin 87,95, Ederförde 118,20, Flensburg 1997,15, Güstrow 362,—, Hamburg 98 746,94, Harburg 1145,90, Heide 318,90, Jhehoe 251,—, Kiel 3477,—, Lübeck 3498,35, Neumünster 62,25, Rostock 3681,40, Schleswig 414,—, Schwerin 4908,60, Wismar 590,25 M.

Heinrich Rodahl.

Briefkasten

R. Dittschors. Korrespondenzblatt und Frauenzeitung sind Ziel der Post zu bestellen. Bitte nach Nr. 1 der Verbandsordnung bei der Post anzufragen. — R. in Frankfurt a. M. Berichte von Betrieben/Personen/Angelegenheiten werden nicht aufgenommen. Die Entsch. fassung ist dem Verbandsvorstand ausgelastet worden.

Anzeigen

Unserem lieben Kollegen Leopold Buchler, in Firma Haas u. Grubher, und seiner lieben Gattin zur 25 jähr. Jubelfeier die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitgliedschaft Augsburg.

Unserer lieben Kollegin Johanna Hufnagel zu ihrer Vermählung mit Herrn Paul Dan nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegenchaft der Wedelschen Hofbuchdruckerei Danzig.

Unseren lieben Kolleginnen Frau Marie Lämmerzahl und ihrem Gemahl, Herrn Max Mathey, sowie Frau Anna Klein und ihrem Gemahl, Herrn Franz Schmidt, nach nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Mitglieder der Zählstelle Rudolfsbad.

Unserem lieben Kollegen Wilhelm Pfau nebst seiner lieben Gemahlin zum 25jährigen Ehejubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Fa. Karl Schmidt, Leipzig.

Sterbetafel



Am 2. Mai entschlief nach schwerem Leiden unsere liebe Kollegin

Frau Heinrich Keuten, Anna, geb. Grün

(i. Ja. Bebr. Stollwerck)

im Alter von 20 Jahren.

Eine ehrenden Andenken bewahrt der Verstorbene

Die Mitgliedschaft der Zählstelle Wm a. M.

Am 8. Mai starb unerwartet schnell infolge

Herzschlag unser Kollege

Matthias Bahro

Ein ehrenden Andenken bewahrt ihm

Die Mitgliedschaft der Zählstelle Lager 1. B.